Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Regierungsratsbeschluss vom 17. März 2020

Antrag Christian von Wartburg und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative Klimasteuer auf Finanztransaktionen **P195494**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Antwortentwurf an den Grossen Rat.
2. Dem Grossen Rat wird beantragt, den Antrag Christian von Wartburg und Konsorten abzulehnen.

Begründung
Der Regierungsrat lehnt den Antrag Christian von Wartburg und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend einer Klimasteuer auf Finanztransaktionen ab. Er unterstützt zwar die Ziele des Antragstellers und anerkennt das Argument, dass eine solche Steuer theoretisch einen Beitrag leisten könnte. In der Praxis überwiegen jedoch die Nachteile: Erstens ist Kapital äusserst mobil – das Risiko wäre hoch, dass auf ausländische Finanzzentren ausgewichen wird, um die Steuer zu umgehen. In diesem Fall wäre fragwürdig, wie hoch die erzielten Einnahmen überhaupt wären, die zu Gunsten des Klimaschutzes eingesetzt werden könnten. Zweitens wäre die neue Steuer für den Finanzplatz, der in Basel-Stadt 10‘000 Personen beschäftigt, mit erheblichen Risiken verbunden. Und drittens ist der Regierungsrat der Ansicht, dass andere steuerliche Ansätze wirkungsvoller wären, um die Ziele der Initiative zu erreichen

STAATS-KANZLEI BASEL-STADT